



Bundesanzeiger

Herausgegeben vom
Bundesministerium der Justiz
und für Verbraucherschutz

Die auf den folgenden Seiten gedruckte Bekanntmachung entspricht der Veröffentlichung im Bundesanzeiger.

Daten zur Veröffentlichung:

Veröffentlichungsmedium: Internet
Internet-Adresse: www.bundesanzeiger.de
Veröffentlichungsdatum: 12. Januar 2015
Rubrik: Jahresabschlüsse/Jahresfinanzberichte
Art der Bekanntmachung: Jahresabschlüsse
Veröffentlichungspflichtiger: BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH, Berlin
Fondsname:
ISIN:
Auftragsnummer: 140914005857
Verlagsadresse: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Amsterdamer Straße 192,
50735 Köln

Dieser Beleg über eine Veröffentlichung im Bundesanzeiger hat Dokumentencharakter für Nachweiszwecke. Wir empfehlen daher, diesen Beleg aufzubewahren. Zusätzliche beim Verlag angeforderte Belege sind **kostenpflichtig**.



BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH

Berlin

Jahresabschluss zum Geschäftsjahr vom 01.01.2013 bis zum 31.12.2013

Lagebericht

I. Grundlagen der Gesellschaft

Die BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) ist eine 100-%ige Tochter der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS). Sie handelt als zivilrechtliche Eigentümerin im eigenen Namen, jedoch auf Rechnung der BvS, die wirtschaftliche Eigentümerin aller von der BVVG zu verwaltenden und zu verwertenden Flächen und sonstigen Vermögenswerte ist.

Die BVVG nimmt auf der Basis eines 1996 abgeschlossenen und zum 01.01.2001 sowie zum 01.01.2008 jeweils neu gefassten Geschäftsbesorgungs- und Treuhandvertrages mit der BvS Aufgaben des Immobilienmanagements im ländlichen Raum der fünf neuen Länder für den Bund wahr. Sie umfassen vor allem den Verkauf land- und forstwirtschaftlicher Flächen, die Verpachtung von Acker- und Grünland, die Bewirtschaftung der Forstflächen, die Veräußerung von Bauland und Bergwerkseigentumen, die Reprivatisierung von Flächen und sonstigen Vermögenswerten an berechnigte Personen und Gebietskörperschaften, die Erfassung, Sicherung und Dokumentation des Vermögens, die Verwaltung und Verwertung von Wirtschaftsgebäuden sowie das Management von Pacht- und Kaufverträgen. Seit dem 01.01.2009 hat die BVVG auf der Grundlage eines entsprechenden Vertrages weitere Aufgaben von der BvS insbesondere in den Bereichen Vertragsmanagement und Reprivatisierung geschäftsbesorgend übernommen.

Seit Mitte 1996 ist die BVVG die Privatisierungsstelle des Bundes für den begünstigten Flächenverkauf nach dem Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz (EALG) und der Flächenerwerbsverordnung (FIErWV). Diese gesetzlichen Vorschriften wurden durch das Vermögensrechtsergänzungsgesetz vom 22. September 2000 und das Flächenerwerbsänderungsgesetz (FIErWÄndG) vom 3. Juli 2009 aktualisiert. Mit dem im März 2011 in Kraft getretenen 2. Flächenerwerbsänderungsgesetz (2. FIErWÄndG) hat sich der Aufgabenbereich des begünstigten Flächenverkaufs wieder erheblich ausgeweitet. Den Alteigentümern wurde mit diesem Gesetz die Möglichkeit eröffnet, Flächen in einem begrenzten Umfang unter Zugrundelegung der regionalen Wertansätze 2004 zu erwerben.



Im Frühjahr 2010 verständigten sich Bund und Länder auf eine Neufassung der Grundsätze für die weitere Privatisierung der landwirtschaftlichen Flächen der BVVG (PG 2010). Den Pächtern wurde neben dem bisher schon möglichen Direkterwerb in bestimmtem Umfang bis zum Ende des langfristigen Pachtvertrages die Möglichkeit eingeräumt, diese Flächen unter Beibehaltung des Direkterwerbsanspruches über weitere vier Jahre oder unter Verzicht auf den Direkterwerbsanspruch über weitere neun Jahre zu pachten. Im Januar 2013 wurden im Bund-Länder-Bilanzgespräch leichte Modifikationen zu den PG 2010 vereinbart. So wurde u.a. die Größe der zur Ausschreibung vorgesehenen Lose reduziert und Junglandwirten die Teilnahme an beschränkten Ausschreibungen ermöglicht. Waldflächen werden überwiegend begünstigt nach EALG an Alteigentümer verkauft.

Die Zentrale der BVVG mit der Geschäftsführung und den für Grundsatz- und Querschnittsangelegenheiten zuständigen Bereichen befindet sich in Berlin. In den neuen Bundesländern unterhält die Gesellschaft gegenwärtig acht Niederlassungen (Schwerin, Neubrandenburg, Brandenburg/Berlin, Cottbus, Magdeburg, Halle, Sachsen und Thüringen). Die Aufbauorganisation in der Zentrale (Berlin) und den Niederlassungen wird kontinuierlich an die absehbare Entwicklung des Aufgabenvolumens angepasst.

Ab dem Jahr 2016 sollen die Aufgabenerledigung in der Zentrale in fünf Bereichen konzentriert und die operativen Aufgaben in vier Landesniederlassungen an vier Standorten gebündelt werden. Die Standorte der Landesniederlassungen sind Schwerin (Landesniederlassung Mecklenburg-Vorpommern), Berlin (Landesniederlassung Brandenburg/Berlin), Magdeburg (Landesniederlassung Sachsen-Anhalt) und Dresden (Landesniederlassung Sachsen/Thüringen). Die Reduzierung auf fünf Bereiche in der Zentrale ist bereits erfolgt.

Auf dem Gebiet Forschung und Entwicklung ist die BVVG nicht tätig.

II. Wirtschaftsbericht

Die BVVG hat im Geschäftsjahr 2013 ihre im o. g. Geschäftsbesorgungsvertrag mit der BvS vereinbarten Verwertungs- und Verwaltungsaufgaben in vollem Umfang erfüllt. Sie erwirtschaftete daraus Umsatzerlöse von rd. 68 Mio. €. Der handelsrechtliche Überschuss betrug im Berichtsjahr 592 T€, geplant waren 431 T€.

Die Mitarbeiterzahl der BVVG hat sich in Übereinstimmung mit der langfristigen Unternehmensplanung im Verlaufe des Geschäftsjahres weiter kontinuierlich verringert; am 31.12.2013 waren einschließlich Geschäftsführung und Langzeiterkrankte in der Gesellschaft noch 639 Personen (das entspricht 624 Vollzeitäquivalenten) beschäftigt. Die Personalreduzierung beruhte überwiegend auf dem Abschluss von Aufhebungsverträgen. Der Geschäftsplan 2013 sah eine Personalkapazität von rd. 638 Vollzeitäquivalenten vor.

Am 31.12.2013 befanden sich 25 Auszubildende in der Berufsausbildung bei der BVVG.

Für die Jahre 2013 und 2014 lag bzw. liegt der Personalbestand unter der für die Erledigung der Aufgaben ermittelten notwendigen Personalkapazität. Die Geschäftsführung der BVVG und der Gesamtbetriebsrat haben deshalb Ende 2012 die Aufhebung der bereits 2009 vereinbarten Absenkung der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit für 2013 auf 39,5 Stunden/Woche und für 2014 auf 38,25 Stunden/Woche bei gleichzeitigem Ausgleich der erworbenen Ansprüche aus dem Lohnverzicht der vorangegangenen 45 Monate vereinbart.

Das Beratungsgeschäft in Drittländern wurde mit den Schwerpunkten Ukraine und Kroatien - teilweise gemeinsam mit Kooperationspartnern - weitergeführt. Kurzaufträge wurden im Rahmen von Vorhaben in China und Südafrika im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) bzw. dem BMELV (jetzt BMEL) durchgeführt. Die Auslandsberatung der BVVG konzentriert sich im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit der Bundesregierung sowie der EU auf Fragen des Landmanagements in Transformationsländern, hier insbesondere auf das Staatslandmanagement in ländlichen Räumen.

Vermögenslage



Das Bilanzvermögen der BVVG GmbH ist gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 4.177 T€ (16 %) gestiegen. Auf der Aktivseite wirken sich vor allem der stichtagsbezogene Anstieg des Bestandes an Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen um 3.547 T€ (+ 15 %) aus. Er resultiert aus dem abrechnungsmethodisch und stichtagsbestimmten Anstieg der Forderungen gegenüber dem Gesellschafter als Folge der Entwicklung bei den Personalarückstellungen.

Auf der Passivseite der Bilanz werden eine Erhöhung der Rückstellungen um 5.338 T€ und ein Rückgang der Verbindlichkeiten um 1.159 T€ ausgewiesen. Das Eigenkapital bleibt mit 1.104 T€ gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert. Die Erhöhung der Rückstellungen betrifft vor allem die Rückstellungen für personalbezogene Aufwendungen (+ 5.119 T€, darunter + 3.655 T€ Rückstellungen für Abfindungen und + 1.568 T€ Rückstellungen für Altersteilzeit). Die Eigenkapitalquote sank dadurch von 4,2 % (31.12.2012) auf 3,6%.

Finanz- und Ertragslage

Die Finanzlage der BVVG und ihre Ertragslage sind unverändert stabil. Auf der Basis bestehender Verträge mit dem Hauptauftraggeber werden der Gesellschaft kontinuierlich die Aufwendungen für ihre Tätigkeit im Rahmen der Geschäftsbesorgung zuzüglich einer Gewinnmarge erstattet. Der für das abgelaufene Geschäftsjahr ausgewiesene Rückgang der Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr um 5.927 T€ (2013: 67.601 T€; 2012: 73.527 T€) resultiert ausschließlich aus den Veränderungen bei den Personalarückstellungen. Die vom Gesellschafter zu erstattenden Aufwendungen zur Erledigung der operativen Aufgaben gehen planmäßig und kontinuierlich zurück. Der handelsrechtliche Überschuss ist im Vergleich zum Vorjahr um rd. 3 T€ gesunken (2013: 592 T€; 2012: 595 T€).

Der Liquiditätsbedarf der BVVG ist jederzeit gesichert. Die Gesellschaft ist über den Gesellschafter in das Abrufverfahren des Bundes einbezogen. Über diesen Weg werden täglich freie liquide Mittel dem Bundeskreislauf zugeführt; im Bedarfsfall sichert der Bund umgekehrt die rechtzeitige Bereitstellung erforderlicher Mittel zur Deckung finanzieller Verpflichtungen.

III. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Chancen sowie bestandsgefährdende Risiken oder Risiken mit einem wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Sinne des § 289 Abs. 1 HGB bestehen aufgrund der spezifischen Finanzierungsvereinbarung mit dem Gesellschafter, die den besonderen Aufgaben der Gesellschaft Rechnung trägt, nicht. Das hierfür erforderliche Risikomanagementsystem entspricht dieser besonderen Situation. Diese Rahmenbedingungen werden sich auch in den kommenden Jahren im Grundsatz nicht ändern, so dass die Gesellschaft weiterhin positive Jahresergebnisse für 2014 in Höhe von 635 T€ und für 2015 in Höhe von 545 T€ erwartet.

Die Entwicklung der BVVG hängt nahezu ausschließlich vom Fortschritt bei der Verwaltung und Verwertung des treuhänderisch übertragenen Vermögens ab. Im Jahr 2014 wird der Schwerpunkt in der Durchführung des begünstigten Alteeigentümergebots im Rahmen der Berechtigungen nach dem EALG liegen. Die aktuell noch nicht erledigten rd. 800 Anträge sollen in diesem Jahr im Wesentlichen abgearbeitet werden. Hach aktueller, allerdings weiterhin mit erheblichen Unsicherheiten behafteter Einschätzung, führt die Umsetzung des 2. FIERwÄndG zu verminderten Einnahmen aus der Verwaltung und Verwertung treuhänderisch übertragener land- und forstwirtschaftlicher Flächen in Höhe von insgesamt rd. 913 Mio. €. Diese Mindereinnahmen sind Bestandteil der Ergebnisse der Jahre 2011 bis 2013 sowie der Planungen 2014 bis 2018.

Die Verwertung landwirtschaftlicher Flächen außerhalb des EALG wird auf der Grundlage der zwischen Bund und Ländern im Jahr 2006 vereinbarten und 2010 sowie 2013 modifizierten Privatisierungsgrundsätze durchgeführt.



Die Preisbildung beim Direktverkauf landwirtschaftlicher Flächen zum Verkehrswert erfolgt weiter nach der mit den Bundesressorts abgestimmten Arbeitsanleitung zur Kaufpreisermittlung. Mit der Anwendung des Ende 2012 von der Europäischen Kommission notifizierte Vergleichspreissystems (VPS) zur Ermittlung der Kaufpreise bei Direktverkäufen werden unzulässige Subventionen insbesondere nach Beihilferecht der EU vermieden.

Der Verkauf von forstwirtschaftlichen Flächen wird bis Ende 2014 mit Ausnahme von nicht selbständig privatisierungsfähiger Rest- und Splitterflächen im Wesentlichen abgeschlossen. Dabei wird erwartet, dass der überwiegende Teil der Flächen nach den Bestimmungen des AusglLeistG begünstigt an Alteigentümer verkauft wird.

Die ungebrochene Dynamik bei der Erschließung von Flächen für die Errichtung von Windenergieanlagen beinhaltet auch für die BVVG weiterhin erhebliche wirtschaftliche Chancen. Die BVVG rechnet im Planungszeitraum 2014 bis 2018 mit Erlösen von rd. 115 Mio. € in diesem Geschäftsfeld.

Der Flächenverkauf über alle Segmente wird sich in den kommenden Jahren insgesamt deutlich rückläufig entwickeln (2014: 55.046 ha, 2015: 28.194 ha, 2016: 18.995 ha).

Die erforderlichen Aufwendungen werden kontinuierlich an das Aufgabenvolumen angepasst. Dadurch ist die Abführung von jährlichen Überschüssen an den Gesellschafter weiterhin gesichert. Im Jahr 2014 wird mit einem Überschuss von rd. 441 Mio. € gerechnet.

Die Personalplanung des Unternehmens folgt ebenfalls der erwarteten Aufgabenentwicklung. Danach soll sich der Mitarbeiterbestand in den kommenden fünf Jahren um über 40 Prozent reduzieren, wobei betriebsbedingte Kündigungen möglichst vermieden werden sollen. Zwischen Geschäftsführung und Gesamtbetriebsrat wurden Sozialpläne nebst Interessenausgleich abgeschlossen, die vom Gesellschafter genehmigt worden sind. Die erforderliche bilanzielle Vorsorge wurde getroffen.

Ab dem Jahr 2016 sollen die Aufgabenerledigung in der Zentrale in fünf Bereichen konzentriert und die operativen Aufgaben in vier Landesniederlassungen an vier Standorten gebündelt werden. Die Reduzierung auf fünf Bereiche in der Zentrale ist bereits erfolgt. Diese langfristige Entwicklung ist in den aktuellen Planungen so weit wie möglich berücksichtigt worden.

Für das Jahr 2014 sind Investitionen i. H. v. 1.307 T€ geplant, darunter 735 T€ für Hard- und Software sowie 460 T€ für Fahrzeuge.

Die Übertragung neuer Aufgaben auf die Gesellschaft ist nicht vorgesehen.

Am 09.12.2013 hat die Geschäftsführung der BVVG beschlossen, den Geschäftsbesorgungsvertrag vom 02.12.2008 mit der LAFOS Dienstleistungs GmbH mit Ablauf des 31.12.2014 fristgemäß zu kündigen. Mit Schreiben vom 23.01.2014 wurde gegenüber der Geschäftsführung der LAFOS DL GmbH die Nichtfortsetzung bzw. Kündigung des Geschäftsbesorgungsvertrages erklärt. Die BVVG wird alle im o. g. GBV geregelten Aufgaben ab 01.01.2015 in eigener Verantwortung und mit eigenem Personal wahrnehmen. Die daraus erforderliche Erhöhung der Personalkapazitäten und die damit einhergehende Reduzierung der Dienstleisterkosten ist in den vorliegenden Planungen der BVVG noch nicht berücksichtigt worden.

IV. Nachtragsbericht

Nach intensiven Verhandlungen wurden am 29.01.2014 der Sozialplan "Personalanpassungen 2014-2018" und die Betriebsvereinbarung zur beruflichen Neuorientierung abgeschlossen.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung mit Auswirkung auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

Berlin, 31. März 2014

BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH

Dr. Detlev Hammann

Dr. Wilhelm Müller

Bilanz

AKTIVA

	Nr. des Anhangs	EUR	2013 EUR	2012 TEUR
A. ANLAGEVERMÖGEN				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Entgeltlich erworbene Software		682.606,00		467
II. Sachanlagen				
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		1.879.617,00		1.606
III. Finanzanlagen				
Rückdeckungsansprüche aus Lebensversicherungen	(1)	557.369,59		477
			3.119.592,59	2.550
B. UMLAUFVERMÖGEN				
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	(2)	174.246,42		118
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	(3)	25.996.959,31		22.904
3. Sonstige Vermögensgegenstände	(4)	1.036.694,75		638
			27.207.900,48	23.660



	Nr. des Anhangs	EUR	2013 EUR	2012 TEUR
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten			45.291,22	37
			27.253.191,70	23.697
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN			308.546,38	257
			30.681.330,67	26.504
Treuhandvermögen			1.052.815.576,95	1.231.866
Passiva				
	Nr. des Anhangs	EUR	2013 EUR	2012 TEUR
A. EIGENKAPITAL				
I. Gezeichnetes Kapital		512.000,00		512
II. Jahresüberschuss	(5)	591.899,66		595
			1.103.899,66	1.107
B. RÜCKSTELLUNGEN				
1. Rückstellungen für Pensionen	(7)	974.037,70		929
2. Steuerrückstellungen		0,00		352
3. Sonstige Rückstellungen	(8)	27.639.262,94		21.994
			28.613.300,64	23.275
C. VERBINDLICHKEITEN				
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	(10)	533.854,23		534
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	(11)	206.282,73		204
3. Sonstige Verbindlichkeiten		222.819,75		1.384
davon aus Steuern: EUR 129.249,88 (Vj.: EUR 1.217.671,46)			962.956,71	2.122
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 83.929,35 (Vj.: EUR 95.896,22)				



	Nr. des Anhangs	EUR	2013 EUR	2012 TEUR
D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN			1.173,66	0
			30.681.330,67	26.504
Treuhandkapital und -Verbindlichkeiten			1.052.815.576,95	1.231.866

Gewinn- und Verlustrechnung

	Nr. des Anhangs	EUR	2013 EUR	2012 TEUR
1. Umsatzerlöse	(1)		67.600.505,94	73.527
2. Sonstige betriebliche Erträge	(2)		2.030.217,38	1.910
3. Personalaufwand				
a) Gehälter		-41.761.299,41		-47.031
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		-7.434.864,98		-7.888
davon für Altersversorgung: EUR 929.887,57 (Vj.: TEUR 1.228)			-49.196.164,39	-54.919
4. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen			-1.191.547,12	-1.064
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	(3)		-18.302.564,60	-18.345
6. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge			370.809,37	310
- davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 362,23 (Vj.: TEUR 2)				
- davon aus der Abzinsung von Rückstellungen: EUR 370.273,14 (Vj.: TEUR 308)				
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen			-452.104,11	-301



	Nr. des Anhangs	EUR	2013 EUR	2012 TEUR
- davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen: EUR 451.838,05 (Vj.: TEUR 301)				
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			859.152,47	1.118
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(4)		-259.099,81	-514
10. Sonstige Steuern			-8.153,00	-9
11. Jahresüberschuss			591.899,66	595

Anhang

I. Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 der BVVG Bodenverwertungs- und verwaltungs GmbH, Berlin, wurde nach den Vorschriften des HGB, des GmbHG und den ergänzenden Vorschriften des Gesellschaftsvertrages aufgestellt. Die besonderen Bilanzvermerke sind aus Gründen der Klarheit und Übersichtlichkeit teilweise im Anhang verzeichnet. Die GmbH ist entsprechend § 267 HGB eine große Kapitalgesellschaft. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Absatz 2 HGB aufgestellt.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die entgeltlich erworbenen Immateriellen Vermögensgegenstände sowie die Gegenstände des Sachanlagevermögens sind zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen bewertet.

Die EDV-Software und die EDV-Hardware werden über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer (drei Jahre) und das übrige Sachanlagevermögen über drei bis dreiundzwanzig Jahre abgeschrieben. Die Abschreibungsdauer der Mietereinbauten richtet sich nach den individuellen Verträgen der BVVG mit den Vermietern. Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten zwischen 60,01 EUR und 410,00 EUR werden im Jahr des Zugangs seit 2010 wieder voll abgeschrieben und im Anlagengitter im Abgang der Sachanlagen gezeigt.

Für selbständig nutzbare Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten zwischen 150,01 EUR und 1.000,00 EUR sind in den Jahren 2008 und 2009 Sammelposten gebildet worden. Diese werden verteilt auf fünf Jahre gleichmäßig abgeschrieben. Mit Inkrafttreten des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes ab 01. Januar 2010 hat die BVVG das Wahlrecht zur Bilanzierung geringwertiger Wirtschaftsgüter ausgeübt und ist zu der bis 2008 festgelegten Verfahrensweise zurückgekehrt (s. o.). Die Sammelposten sind voll abgeschrieben.

Die Versicherungsansprüche zur Deckung der betrieblichen Pensionszusagen wurden mit dem Deckungskapital einschließlich vorhandener Werte aus Überschussbeteiligungen angesetzt. Wie im Vorjahr erfolgte eine Saldierung der verpfändeten Rückdeckungsversicherungen zum beizulegenden Zeitwert, soweit die übrigen Voraussetzungen für Deckungsvermögen erfüllt sind, mit den Pensionsrückstellungen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind mit ihrem Nennwert bewertet.

Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten werden in Übereinstimmung mit den Kassenbüchern und Kontoauszügen zu Nominalwerten ausgewiesen.

Als aktive Rechnungsabgrenzungsposten wurden gemäß § 250 Absatz 1 HGB Ausgaben vor dem Abschluss-Stichtag, die Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen, abgegrenzt.

Das gezeichnete Kapital wird zum Nennwert bilanziert.

Die Pensionsrückstellungen sind mit dem Deckungsvermögen i. S. d. § 246 Absatz 2 Satz 2 HGB verrechnet worden. Seit Inkrafttreten des BilMoG werden die Berechnungen nach den Vorschriften des § 253 Absatz 1 Satz 2 HGB durchgeführt. Sie wurden auf versicherungsmathematischer Grundlage ermittelt.

Bei der Bewertung der Pensionsrückstellungen wurden folgende Methoden und Annahmen zugrunde gelegt:

Bewertungsmethode:	Projizierte Einmalbetragsmethode
Biometrie:	Richttafeln Heubeck 2005G
Rechnungszins:	4,88% Handelsbilanz; 6% Steuerbilanz
Rententrend:	entsprechend der Zusage, sonst 2,5%

Die Einzelzusagen sehen keine Anpassung an künftige Lohn- und Gehaltssteigerungen vor.

Sonstige Rückstellungen werden mit dem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung ermittelten Erfüllungsbetrag bewertet und umfassen alle erkennbaren, jedoch ungewissen Verpflichtungen. Zukünftige Preis- und Kostensteigerungen werden berücksichtigt, soweit hinreichend objektive Hinweise für ihren Eintritt vorliegen.

Bei der Bewertung der Altersteilzeitverpflichtungen wurden folgende Methoden und Annahmen zugrunde gelegt:

Biometrie:	Richttafeln Heubeck 2005G
Rechnungszins:	3,59% Handelsbilanz; 5,5% Steuerbilanz
Dynamik der anrechenbaren Bezüge:	2,5%
Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung:	60.000 EUR
Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Krankenversicherung:	48.600 EUR

Abzinsung von Rückstellungen

Gemäß § 253 Absatz 2 HGB sind Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr auf der Grundlage des durch die Deutsche Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinses der vergangenen sieben Geschäftsjahre abzuzinsen. Rückstellungen mit nicht ganzjährigen Fristigkeiten wurden durch Anwendung der Vereinfachungsregelung - Verwendung des jeweils niedrigeren Ganzjahreszinssatzes (Vorsichtsprinzip) - abgezinst.

Die Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Als passive Rechnungsabgrenzungsposten wurden gemäß § 250 Absatz 2 HGB Einnahmen vor dem Abschluss-Stichtag, die Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen, abgegrenzt.

III. Erläuterungen zur Bilanz

Die laufenden Hummern verweisen auf die entsprechenden Abschlussposten.

Die Entwicklung des Anlagevermögens gemäß § 268 Absatz 2 HGB ist im Anlagengitter dargestellt.

Nr. 1 Rückdeckungsansprüche aus Lebensversicherungen (nach Verrechnung mit den Pensionsrückstellungen)

Hier handelt es sich um den beizulegenden Zeitwert der nicht verpfändeten Rückdeckungsansprüche aus Lebensversicherungen.

Der beizulegende Zeitwert der verpfändeten Rückdeckungsversicherungen, der verrechnet wurde, betrug 1.767 TEUR (Vorjahr 1.663 TEUR).

Nr. 2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Alle Forderungen mit Ausnahme des Steuererstattungsanspruches aus dem Körperschaftsteuerguthaben in Höhe von 18 TEUR (Vorjahr 23 TEUR) haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Nr. 3 Forderungen gegen verbundene Unternehmen

	2013 TEUR	2012 TEUR
1. Forderungen gegen Gesellschafterin	25.997	22.894
Forderungen gegen die BvS (aus Leistungsverrechnungen)	24.307	22.382
Geldanlage Bund/BvS	1.690	512
2. Forderungen gegen die LAFOS Dienstleistungs GmbH	0	10
	25.997	22.904

In den Forderungen gegen verbundene Unternehmen werden erstmalig Forderungen aus Kapitalanlagen für Zeitwertkonten der Mitarbeiter einschl. SV in Höhe von 1.178 TEUR bei der Finanzagentur ausgewiesen.

Nr. 4 Sonstige Vermögensgegenstände

Im Berichtsjahr wurde der Erstattungsanspruch des Körperschaftsteuerguthabens in Höhe von 22 TEUR (Vorjahr 27 TEUR) als sonstiger Vermögensgegenstand zum Barwert aktiviert.

Nr. 5 Jahresüberschuss

Der Gewinn des Jahres 2013 beträgt 591.899,66 EUR. Es wird vorgeschlagen, den Gewinn des Jahres 2013 in voller Höhe an die Gesellschafterin auszuschütten.

Nr. 6 Rückstellungen - Übersicht

	2013 TEUR	2012 TEUR
1. Pensionsverpflichtungen ¹	974	930
2. Steuerrückstellungen	0	352
3. Sonstige gesamt	27.639	21.993
davon Personal gesamt	24.827	19.708
Abfindungen ²	11.053	7.398
Altersteilzeit	8.829	7.261
Sonderzahlungen	3.045	3.672
Urlaubsverpflichtungen/Gleitzeitguthaben gesamt	933	1.062
Zeitwertkonten ²	967	315
davon Übrige gesamt	2.812	2.285
Archivierung/Aufbewahrung ²	1.491	1.780
Eingangsrechnungen ²	1.259	442
Jahresabschluss/Steuerberatung	62	63
	28.613	23.275



¹ incl. Verrechnung mit verpfändeten Rückdeckungsversicherungen

² incl. Abzinsung: 2013 für Abfindungen, Archivierung/Aufbewahrung, Zeitwertkonten und Eingangsrechnungen (berufliche Neuorientierung, Weiterbildung), 2012 für Abfindungen, Archivierung/Aufbewahrung und Zeltwertkonten

Nr. 7 Rückstellungen für Pensionen

Der beizulegende Zeitwert der mit den Pensionsrückstellungen verrechneten Vermögensgegenstände beträgt 1.767 TEUR (Vorjahr 1.663 TEUR). Der Erfüllungsbetrag der Rückstellungen vor Verrechnung beträgt 2.741 TEUR (Vorjahr 2.592 TEUR). Der Zinsaufwand aus der Zuführung zu Pensionsrückstellungen in Höhe von 172 TEUR (Vorjahr 145 TEUR) wurde mit den Erträgen aus dem Deckungsvermögen in Höhe von 69 TEUR (Vorjahr 43 TEUR) gemäß § 246 Absatz 2 Satz 2 HGB saldiert. In den Pensionsrückstellungen ist ein Betrag von 1.120 TEUR (unsaldiert) für frühere Organmitglieder enthalten.

Nr. 8 Sonstige Rückstellungen

Die Rückstellungen für Altersteilzeit betreffen insgesamt 92 Mitarbeiter, die ATZ-Verträge abgeschlossen haben, wobei 4 Mitarbeiter die ATZ im Jahr 2014 antreten werden. Die Rückstellungen für Aufstockungsbeträge werden mit Abschluss des Vertrages für den gesamten ATZ-Zeitraum gebildet. Die Rückstellungen für Erfüllungsrückstand Gehalt bestehen für die 88 Mitarbeiter, die sich bereits in ATZ befinden. Im Jahr 2013 haben 16 Mitarbeiter neue ATZ-Verträge abgeschlossen. Grundlage für den Neuabschluss waren die Betriebsvereinbarung vom 10. November 1998 in der Fassung vom 16. April 2013. Rückstellungen für die Inanspruchnahme durch weitere Mitarbeiter auf Basis zukünftig noch abzuschließender Vereinbarungen wurden nicht gebildet.

Die BvS hat mit erneutem Schreiben vom 12. Dezember 2013 (erstmalig am 30. Juni 2004) und im Einvernehmen mit dem BMF zugesichert, die Verpflichtungen nach § 8 a AltersteilzeitG zu erfüllen. Die Insolvenzsicherung der Altersteilzeit-Wertguthaben erfolgt somit bei der BvS.

Die Rückstellungen für Abfindungen wurden auf Grundlage des Sozialplans Niederlassungsschließungen 2015 vom 20.12.2013 und des Sozialplans Personalanpassungen 2014-2018 vom 29.01.2014 nach Altersstaffelung unter Berücksichtigung des Durchschnittsgehalts und des voraussichtlichen Personalüberhangs 2014-2018 gebildet und werden voraussichtlich bis 2017 in Anspruch genommen.

Die Rückstellungen für Zeitwertkonten wurden auf Grundlage der "Gesamtbetriebsvereinbarung zur Umwandlung von Vergütungsbestandteilen, Urlaubstagen und Mehrarbeit zum Aufbau von Wertguthaben im Rahmen von Zeitwertkonten (ZWK) für bezahlte Freistellungen" vom 20. Dezember 2012 gebildet. Da die Inanspruchnahme durch die BVVG-Mitarbeiter nicht zeitlich bestimmt werden kann, wurde eine gleichmäßige Verteilung bis zum voraussichtlichen Schließungszeitpunkt der BVVG 2025 angenommen.

Die BvS hat mit Schreiben vom 07. Februar 2013 und im Einvernehmen mit dem BMF zugesichert, die Verpflichtungen aus Wertguthaben gemäß der Gesamtbetriebsvereinbarung vom 20. Dezember 2012 zu erfüllen. Ab 2014 erfolgt die Absicherung der Arbeitnehmeransprüche über eine Rückdeckungsversicherung bei der Allianz Lebensversicherungs-AG.

Die Rückstellungen für Archivierung und Aufbewahrung wurden unter Berücksichtigung der voraussichtlichen jährlichen Kosten ermittelt und abgezinst. Hierbei wurde von jährlich gleichbleibenden Kosten und einer gesetzlichen Aufbewahrungszeit von 10 Jahren ausgegangen.

In den Rückstellungen für Eingangsrechnungen sind Rückstellungen für berufliche Neuorientierung in Höhe von 785 TEUR enthalten. Grundlage hierfür sind der Sozialplan Niederlassungsschließungen 2015 vom 20.12.2013 und der Sozialplan Personalanpassungen 2014-2018 vom 29.01.2014 sowie die Betriebsvereinbarung zur beruflichen Neuorientierung vom 29.01.2014. Die Bildung erfolgte unter Berücksichtigung des voraussichtlichen Personal-Überhangs 2014-2017. Die Rückstellungen werden voraussichtlich bis 2017 in Anspruch genommen.

Nr. 9 Verbindlichkeiten

Wie im Vorjahr haben alle Verbindlichkeiten mit Ausnahme der sonstigen Verbindlichkeiten aus der Entgeltumwandlung von zwei Abfindungsbeträgen in Höhe von 80 TEUR (Vorjahr 92 TEUR) eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr. Letztere enthalten Beträge mit einer Restlaufzeit von einem bis fünf Jahre in Höhe von 48 TEUR und Beträge mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren in Höhe von 20 TEUR.

Nr. 10 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen resultieren im Wesentlichen aus Rechnungen für Sachausgaben. Sie wurden im ersten Quartal des Jahres 2014 ausgeglichen.

Nr. 11 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen

	2013 TEUR	2012 TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafterin (aus Leistungsverrechnungen)	49	59
2. Verbindlichkeiten gegenüber der LAFOS Dienstleistungs GmbH	157	145
	206	204

IV. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die laufenden Nummern verweisen auf die entsprechenden Abschlussposten.

Nr. 1 Umsatzerlöse

Die ausgewiesenen Umsatzerlöse betreffen im Wesentlichen die Vergütung für die Durchführung der Tätigkeiten aus den Geschäftsbesorgungs- und Treuhandverträgen mit der BvS. Die Vergütung ist kostendeckend und schließt einen Gewinnaufschlag ein.

Nr. 2 Sonstige betriebliche Erträge

	2013 TEUR	2012 TEUR
1. Erträge aus der Erstattung von Aufwendungen	876	658



	2013	2012
	TEUR	TEUR
2. Auflösung von Rückstellungen	389	166
3. Erträge aus Untervermietung (von Büroräumen und Garagen)	293	285
4. Periodenfremde Erträge	113	211
5. Sonstige	359	590
	2.030	1.910

Nr. 3 Sonstige betriebliche Aufwendungen

	2013	2012
	TEUR	TEUR
1. EDV-Kosten	4.681	4.865
2. Mieten und Nebenkosten	3.660	3.610
3. Aufwendungen für Dienstleister und Sachverständige	2.810	2.984
4. nicht abzugsfähige Vorsteuerbeträge aus Eingangsrechnungen	2.403	2.540
5. Periodenfremde Aufwendungen	33	73
6. Sonstige	4.716	4.273
	18.303	18.345

Nr. 4 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag belasten in voller Höhe das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

V. Sonstige Angaben

Latente Steuern

Die Ermittlung der latenten Steuern erfolgte wie im Vorjahr mit einem durchschnittlichen Steuersatz von 30 %.

Latente Steuern (aktive +, passive -)

	2013 TEUR	2012 TEUR
1. aus Rückstellungen für Altersteilzeit	773	779
2. aus Pensionsverpflichtungen	140	124
3. aus Rückstellungen für Abfindungen	32	62
4. aus Verbindlichkeiten für Abfindungen	8	10
5. aus Rückstellungen für Zeitwertkonten	16	-1
6. aus Rückstellungen für Archivierung/Aufbewahrung	-68	-26
7. aus sonstigen Rückstellungen (berufliche Neuorientierung)	3	0
	904	948

Nach Saldierung der aktiven mit den passiven latenten Steuern ergibt sich ein Aktivüberhang von 904 TEUR. Auf die Bilanzierung der aktiven latenten Steuern wurde entsprechend § 274 Absatz 1 HGB verzichtet.

Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer

2013 beschäftigte die Gesellschaft durchschnittlich 635 Mitarbeiter (ohne Geschäftsführung und ohne Langzeiterkrankte), davon 524 mit unbefristeter und 111 mit befristeter Anstellung, sowie 26 Auszubildende.

Geschäftsführung

Dr. Detlev Hammann

Geschäftsführer

Diplom-Volkswirt, Kleinmachnow

Dr. Wilhelm Müller

Geschäftsführer

Diplom-Agraringenieur, Berlin



Aufsichtsrat

Vertreter der Anteilseigner

Ministerialrat a.D. Manfred Weidemann

Vorsitzender des Aufsichtsrates der BVVG

Wesseling-Berzdorf

Ralf Wolkenhauer

Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrates der BVVG

Unterabteilungsleiter im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Wienhausen

Axel Kunze

Mitglied des Vorstandes der Bundesanstalt für

Immobilienaufgaben, Bonn/Bad Godesberg

Hans Bernhardt

Mitglied des Vorstandes der Landwirtschaftlichen Rentenbank, Goldbach

Vertreter der Arbeitnehmer

Angela Rogge

Referentin Bereich Verkauf/Verpachtung der Zentrale, Berlin

Gerhard Ludden

Justiziar in der Niederlassung Magdeburg, Berlin

Bezüge der Organmitglieder

a) Bezüge der Geschäftsführung

Die Bezüge der Geschäftsführung von 450.686,70 EUR setzen sich wie folgt zusammen:



	Dr. Hammann TEUR	Dr. Müller TEUR	Gesamt TEUR
1. Grundvergütung	150	128	278
2. Variable Vergütung auf Basis einer Zielvereinbarung	60	60	120
3. Nebenleistungen	39	14	53
	249	202	451

An frühere Mitglieder der Geschäftsführung und Hinterbliebene wurden Bezüge von 46.282 EUR geleistet.

Die Pensionsrückstellungen für ehemalige Geschäftsführer betragen zum 31. Dezember 2013 insgesamt 1.120.222 EUR (vor Verrechnung mit Deckungsvermögen).

Für Herrn Dr. Müller besteht zum 31. Dezember 2013 eine Pensionsrückstellung in Höhe von 952.120 EUR (vor Verrechnung mit Deckungsvermögen); in 2013 wurden dieser Rückstellung 22.636 EUR zugeführt.

b) Bezüge des Aufsichtsrates

Die Aufsichtsratsbezüge beliefen sich 2013 auf 26 TEUR und setzen sich wie folgt zusammen:

	Vergütung EUR	Sitzungsgelder EUR	Gesamt EUR
Herr Weidemann	6.200	440	6.640
Herr Wolkenhauer	4.650	440	5.090
Herr Kunze	3.100	440	3.540
Herr Bernhardt	3.100	440	3.540
Frau Rogge	3.100	440	3.540
Herr Ludden	3.100	440	3.540
	23.250	2.640	25.890

Gesamthonorare des Abschlussprüfers

Die Gesamthonorare des Abschlussprüfers betragen für das Geschäftsjahr 49 TEUR (netto). Sie beinhalten ausschließlich Abschlussprüfungsleistungen.

Gesamtbetrag der sonstigen finanziellen Verpflichtungen

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen gemäß § 285 Nr. 3a HGB, die nicht in der Bilanz enthalten sind, gliedern sich zum Bilanzstichtag wie folgt:

	2014 TEUR	Folgejahre TEUR
1. Miet- und Leasingverträge (inklusive Nebenkostenvorauszahlungen, ohne Energieversorgung) mit festen Laufzeiten, die in den Jahren 2015 und 2016 enden	3.213	3.470 (2015-2016), für die Jahre 2017 und 2018 ist die BVVG noch keine finanziel- len Verpflichtungen in Miet-/Leasingverträgen eingegangen
2. Verträge und Rahmenvereinbarungen über den Bezug von EDV-Leistungen mit unterschiedlichen Laufzeiten	1.781	3.881 (2015-2018)
3. notwendige Pflege- und Entwicklungsleistungen und Kauf von Daten der automatisierten Liegenschaftskarten	4.643 (darunter 505 TEUR für die Inan- spruchnahme von Un- terstützungsleistungen bei der Systempflege und bei der Nutzerbe- treuung durch die LA- FOS Dienstleistungs GmbH)	0
4. unbefristet abgeschlossene Verträge mit einer Kündigungsfrist zwischen 3 und 6 Monaten (Wartungsverträge, Wachschatz) sowie Lieferverträge für Energie und Dienstleistungsverträge mit fester Laufzeit (Objektreinigung, Aktenlagerung, Datenträgervernichtung, Kurierdienste, arbeitsmedizinische Betreuung)	ca. 811	0

Berlin, 31.03.2014

BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH

Dr. Detlev Hammann

Dr. Wilhelm Müller

**Anlagengitter**

	Anschaffungskosten			
	01.01.2013	Zugänge	Abgänge	31.12.2013
	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Entgeltlich erworbene Software	3.328.081,26	525.038,66	0,00	3.853.119,92
	3.328.081,26	525.038,66	0,00	3.853.119,92
II. Sachanlagen				
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	9.434.810,89	1.318.819,46	926.694,37	9.826.935,98
	9.434.810,89	1.318.819,46	926.694,37	9.826.935,98
III. Finanzanlagen				
Rückdeckungsansprüche aus Lebensversicherungen				
Aktivwerte Rückdeckungsversicherung	477.179,02	184.713,92	104.523,35 ¹	557.369,59
	477.179,02	184.713,92	104.523,35	557.369,59
	13.240.071,17	2.028.572,04	1.031.217,72	14.237.425,49
Kumulierte Abschreibungen				
		Abschreibungen des Geschäftsjahres	Abgänge	31.12.2013
	01.01.2013	EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				

	Kumulierte Abschreibungen			
	01.01.2013	Abschreibungen des Ge- schäftsjahres EUR	Abgänge EUR	31.12.2013 EUR
Entgeltlich erworbene Software	2.860.844,26	309.669,66	0,00	3.170.513,92
	2.860.844,26	309.669,66	0,00	3.170.513,92
II. Sachanlagen				
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	7.829.407,89	881.877,46	763.966,37	7.947.318,98
	7.829.407,89	881.877,46	763.966,37	7.947.318,98
III. Finanzanlagen				
Rückdeckungsansprüche aus Lebensversicherungen				
Aktivwerte Rückdeckungsversi- cherung	0,00	0,00	0,00	0,00
	0,00	0,00	0,00	0,00
	10.690.252,15	1.191.547,12	763.966,37	11.117.832,90
		Buchwerte		
		31.12.2013		31.12.2012
		EUR		EUR
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Entgeltlich erworbene Software		682.606,00		467.237,00
		682.606,00		467.237,00
II. Sachanlagen				
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		1.879.617,00		1.605.403,00
		1.879.617,00		1.605.403,00



	Buchwerte	
	31.12.2013	31.12.2012
	EUR	EUR
III. Finanzanlagen		
Rückdeckungsansprüche aus Lebensversicherungen		
Aktivwerte Rückdeckungsversicherung	557.369,59	477.179,02
	557.369,59	477.179,02
	3.119.592,59	2.549.819,02

¹ Saldierung der verpfändeten Rückdeckungsversicherung mit den Pensionsrückstellungen

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH, Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags liegen in der Verantwortung der Geschäftsführer der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Geschäftsführer sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und



Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, den 30. April 2014

**PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft**

*Klaus Rabolt, Wirtschaftsprüfer
ppa. Ilke Brandl, Wirtschaftsprüferin*

Der Jahresabschluss zu m 31. Dezember 2013 wurde am 05. Juni 2014 festgestellt.

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat (AR) ist im Geschäftsjahr 2013 in 4 Sitzungen von der Geschäftsführung (GF) umfassend über die Lage der Gesellschaft, den Geschäftsverlauf und die Geschäftspolitik unterrichtet worden, Besondere Themen waren: die Wertermittlung und in diesem Zusammenhang die Auswirkungen der Notifizierung des Vergleichspreissystems der BWG bei der Europäischen Kommission, die Anpassung der Privatisierungsgrundsätze 2010 (PG 2010), die Arbeit der vom Bundesministerium der Finanzen eingesetzten Projektgruppe zur Aufgabenerledigung der BvS und die Verhandlungen zwischen dem Bund und den Ländern Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt über den Erwerb der BWG-Flächen.

Vor dem Hintergrund der in den nächsten Jahren im Hinblick auf die Aufgabenentwicklung erforderlichen Personalanpassungen und die zum Jahresende 2015 vorgesehenen Schließungen von 4 Niederlassungen hat sich der AR außerdem mit den Sozialplanverhandlungen befasst.

Auf der Basis von Vorlagen und mündlicher Berichterstattung der GF hat der AR die Aufgabenerledigung der Gesellschaft entsprechend seiner gesetzlichen und gesellschaftsvertraglichen Zuständigkeit überwacht. Außerhalb der regulären Aufsichtsratsitzungen haben der Vorsitzende des AR und die GF in regelmäßigen Abständen wichtige Vorgänge erörtert.

Mit Gesellschafterbeschluss vom 20. September 2013 ist aufgrund des Ausscheidens des Generalbevollmächtigten der BVVG zum 31. Oktober 2013 den 5 Bereichsleitern der BWG, Frau Angela Grums, Herrn Peter Konrad, Herrn Michael Münzel, Herrn Jens Reise und Herrn Winfried Rosenkranz, zum 01. November 2013 Prokura erteilt worden. Der Aufsichtsrat wurde darüber informiert, dass mit dem Ausscheiden des Generalbevollmächtigten, der auch Leiter des Bereiches KG Koordination/Grundsatzfragen war, der Bereich KG aufgelöst wurde.

Die Gesellschafterin ist mit Beschluss vom 24. Juni 2013 dem Vorschlag der GF und der Empfehlung des AR gefolgt, die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, als Abschlussprüferin für das Geschäftsjahr 2013 zu bestellen. Die Abschlussprüferin hat die Buchführung der BWG, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 und den Lagebericht der GF mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Für das Treuhandgeschäft hat die Abschlussprüferin die Übereinstimmung von Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung mit dem Geschäftsbesorgungs- und Treuhandvertrag in der mit der Gesellschafterin abgestimmten Form bescheinigt. Die Abschlussprüferin hat im Rahmen ihrer Prüfung nach Paragraph 53 Haushaltsgrundsatzgesetz keine Verstöße gegen die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung festgestellt.



Der AR hat den Jahresabschluss, den Lagebericht der GF und den Vorschlag der GF für die Verwendung des Bilanzgewinns geprüft. Die Prüfung insgesamt sowie die Behandlung des Jahresabschlusses im Beisein der Abschlussprüferin in der Aufsichtsratssitzung vom 05. Juni 2014 ergaben keinen Anlass zu Einwendungen. Der AR hat der Gesellschafterin empfohlen, der vorgeschlagenen Gewinnverwendung zuzustimmen und den Jahresabschluss festzustellen.

Manfred Weidemann, Vorsitzender des Aufsichtsrates

Auszug aus der Niederschrift über die 96. Sitzung des Aufsichtsrates der BVVG am 05.06.2014

TOP 3.4 Feststellung des Jahresabschlusses

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Gesellschafterversammlung, den Jahresabschluss 2013 festzustellen.

TOP 4 Verwendung des Bilanzgewinnes

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Gesellschafterversammlung, die Ausschüttung des Gewinns 2013 der BVVG GmbH von 591.899,66 € in voller Höhe an die Gesellschafterin mit Auszahlung am 24.07.2013 zu beschließen.

Auszug aus der Niederschrift über die Gesellschafterversammlung der BVVG am 11.06.2014

TOP 1.2: Feststellung des Jahresabschlusses der BVVG für das Geschäftsjahr 2013

Die Gesellschafterin stellt den Jahresabschluss der BVVG für das Geschäftsjahr 2013, der von der PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit einem uneingeschränkten Testat versehen wurde, fest.

TOP 2: Verwendung des Bilanzgewinns des Geschäftsjahres 2013

Die Gesellschafterin beschließt die Ausschüttung des Gewinns der BVVG GmbH in Höhe von 591.899,66 € an die Gesellschafterin mit Auszahlung am 24. Juli 2014.